

Ein internationales Übel

Frank Vogl beklagt die Welle an Korruptionsskandalen, die derzeit Südamerika überrollt.

Korruption in Lateinamerika ist beileibe kein neues Phänomen, doch die Häufung der aktuellen Skandale prominenter Regierungsmitglieder in Argentinien, Brasilien, Chile und Mexiko ist doch rekordverdächtig.

So stellte Mexikos Präsident Enrique Peña Nieto bei seinen Bürgern erst kürzlich einen „substanziellen Vertrauensverlust“ gegenüber der politischen Klasse fest.

Aber diese Einschätzung lässt sich auf den gesamten Halbkontinent übertragen: Immer mehr setzt sich in der Öffentlichkeit die Erkenntnis durch, dass sich die anscheinend bodenlose Korruption unmittelbar negativ auf die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung auswirkt.

Nach einem geschätzten Vorjahreswachstum der Region von 0,4 Prozent hat das Institute of International Finance (IIF) seine Wachstumsprognose für 2015 auf magere 0,2 Prozent gesenkt. Und inmitten dieser Quasi-Stagnation führen lateinamerikanische Steuerhinterzieher, kriminelle Netzwerke und korrupte Staatsdiener im großen Stil ihr „schmutziges“ Geld ins Ausland ab.

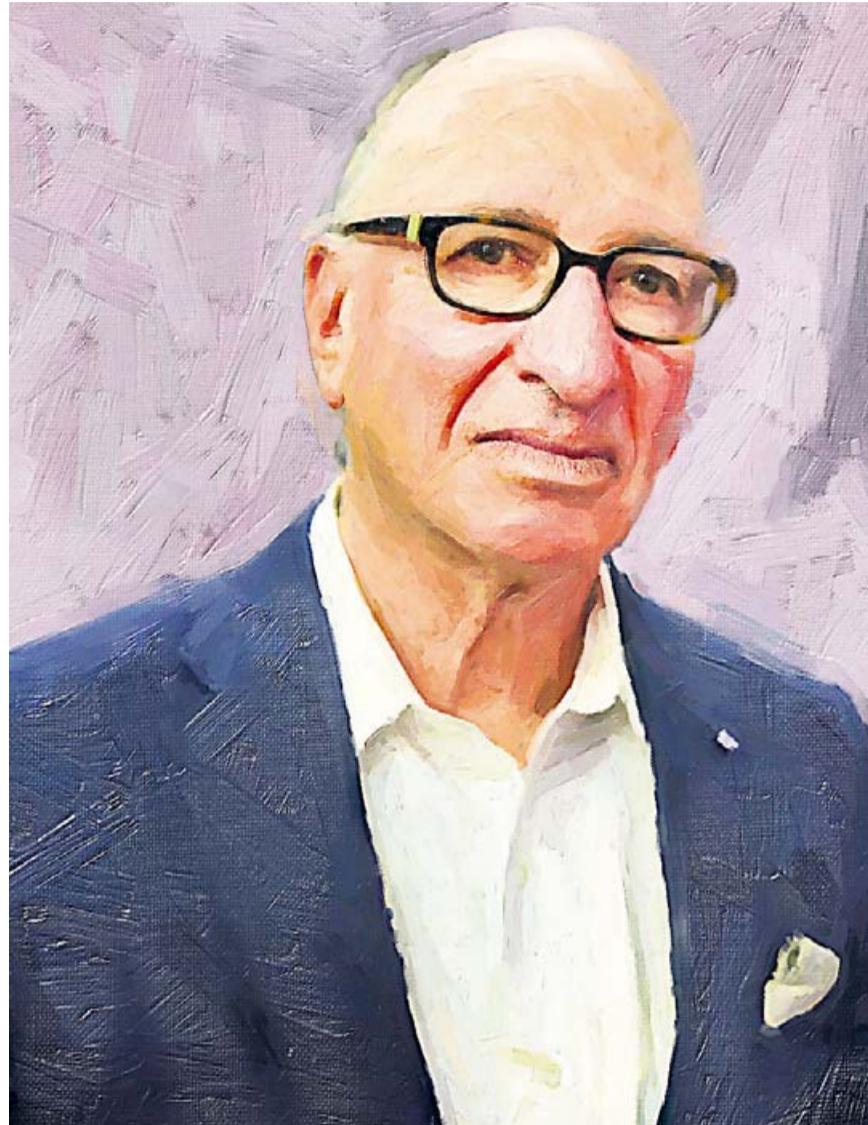
Laut Global Financial Integrity (GFI) belaufen sich die illegalen Finanzströme aus Lateinamerika auf jährlich rund drei Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts. Das dürfte eine konservative Schätzung sein, denn sie beruht primär auf den offiziellen Handels- und Zahlungsbilanzstatistiken, die nicht sämtliche illegalen Gelder der kriminellen Organisationen erfassen.

Angesichts dieser eklatanten Größenordnung fragt sich die Öffentlichkeit verständlicherweise: Was wäre, wenn all diese Erträge aus Korruption und Kriminalität in die heimischen Volkswirtschaften und in neue Arbeitsplätze investiert würden? Die kontinuierlichen Abflüsse illegaler Gelder aus der Region sind nichts anderes als eine drastische Steuer, die von den Bürgern Lateinamerikas erhoben wird und ihr Vertrauen in den Staat beschädigt. Das Resultat ist eine fatale Tendenz von einer langen Phase realen Wirtschaftswachstums zu dauerhafter Stagnation, die durch den Einbruch der Weltkonjunktur noch verstärkt wird.

Dass kriminelle Organisationen und korrupte Politiker Geldwäsche im Ausland betreiben, ist lange bekannt. Aber während des vergangenen Jahrzehnts wurde dies vor dem Hintergrund des starken Wirtschaftswachstums geflissentlich ignoriert. In dieser Boomphase sank der Anteil der in großer Armut lebenden Einwohner Lateinamerikas von 42 auf 25 Prozent.

Von diesem Erfolgsweg ist die Region längst abgekommen. Die größte Volkswirtschaft, Brasilien, steckt stattdessen nun „im schlimmsten Schlamassel seit den frühen 1990er-Jahren“, wie der „Economist“ kürzlich schrieb. In der Tat ist der aktuelle Korruptionsskandal um den Ölkonzern Petrobras der größte in der Geschichte des Landes. Er lenkt die Aufmerksamkeit der brasilianischen Regierung und des Parlaments völlig von den massiven wirtschaftlichen Herausforderungen ab, vor denen das Land steht.

Infolge des Skandals hat Petrobras allein im letzten halben Jahr mehr als 50 Milliarden US-Dollar an Börsenwert eingebüßt – und damit den gesamten brasilianischen Aktienmarkt unter Druck gesetzt. Als halbstaatliches Unternehmen verkörpert Petrobras einen Teil des umfassenderen Problems in vielen lateinamerikanischen Ländern: das engmaschige Korruptionsgeflecht zwischen Konzernen, Firmenbossen, Politikern und Parteien.



Korrupte Politiker, Staatsbeamte, ihre Geschäftspartner und andere Kriminelle versuchen gleichermaßen, ihre unrechtmäßig erworbenen Gewinne in solide Investitionen in bedeutenden ausländischen Geschäftszentren zu übertragen. Ein Großteil der illegalen Finanzabflüsse aus Lateinamerika dürfte in Kunstwerken, Blue-Chip-Unternehmensaktien oder noblen Apartments und Villen in Miami und New York investiert sein.

“

Der Zusammenhang zwischen Korruption und stagnierendem Wirtschaftswachstum wird immer offenkundiger. Hierauf reagiert zunehmend die Öffentlichkeit.

Korrupte Politiker und andere Kriminelle beschäftigen Heerscharen von Juristen, Steuerberatern und Bankern zur Gründung ausländischer Holdinggesellschaften an Finanzplätzen wie den British Virgin Islands, wo nicht nach der Herkunft des Reichtums gefragt wird. Diese Briefkastenfirmen verschleiern die wahren wirtschaftlichen Eigentümer der Vermögenswerte und werden als Investitionsvehikel zur illegalen Geldwäsche genutzt.

Es gibt nur zwei gute Nachrichten: Staatsanwälte und Bankenaufseher erhöhen inzwischen den Druck auf die Banken, dem geheimen „Parken“ von kriminellen Gewinnen im fernen Ausland effektiver entgegenzuwirken. Anfang 2013 akzeptierte die britische Großbank HSBC eine Strafzahlung an die US-Behörden von fast zwei Milliarden Dollar wegen mutmaßlicher Geldwäsche für mexikanische Drogenkartelle in den USA.

Dieser Präzedenzfall hat weitere Untersuchungen von Großbanken nach sich gezogen und zuletzt durch die Offenlegung von 100 000 geheimen Konten bei der Genfer Privatbank-Tochtergesellschaft der HSBC einen weiteren Schub erfahren, wie das Internationale Konsortium für investigativen Journalismus berichtet.

Die zweite gute Nachricht ist, dass Korruptionsskandale heute weit mehr Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit finden als in der Vergangenheit, was sich in einem anhaltenden Beliebtheitstief vieler Politiker niederschlägt. Das steigende Interesse röhrt vor allem daher, dass der Zusammenhang zwischen Korruption und stagnierendem Wirtschaftswachstum immer offenkundiger wird.

Einen wichtigen Anteil an diesem Stimmungswandel haben mutige Journalisten, die unzählige Korruptionsfälle aufgedeckt haben, und ebenso mutige Richter, die bei der Verhandlung dieser Fälle die offene Konfrontation mit dem politischen Establishment nicht scheuen. Dennoch wird die Korruption Lateinamerika wohl noch lange gravierenden Schaden zufügen.

Der Autor war Mitgründer von Transparency International.
Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Seit vielen Jahren haben Petrobras-Manager Schmiergelder von in- und ausländischen Unternehmen für die Vergabe von Großaufträgen kassiert. Das illegale Geld landete in den Taschen von Petrobras-Vertretern und prominenten Politikern oder kam in Form von Wahlkampfspenden den Parteien zugute. Ein Großteil wurde auch auf geheime Konten in der Schweiz eingezahlt.

Munitioniert mit den Aussagen ehemaliger Führungskräfte des Konzerns feuern die Staatsanwälte inzwischen aus allen Rohren. Mitte März 2015 wurden der Schatzmeister der regierenden Arbeiterpartei und 26 andere Verdächtige offiziell wegen Korruption angeklagt. Gegen die Vorsitzenden beider Parlamentskammern wird ebenfalls ermittelt. Noch ist Präsidentin Dilma Rousseff, selbst ehemalige Petrobras-Vorstandsvorsitzende, nicht ins Visier der Ermittler geraten. Doch erst vor kurzem gingen Hunderttausende Brasilianer auf die Straße und forderten ihre Amtsenthebung.

“

Meine kolumbianischen Kollegen berichten von Schutzgeldzahlungen multinationaler Erdöl- und Bergbaukonzerne an lokale Behörden und Guerilla-Gruppen.

In Mexiko wird sowohl Präsident Nieto als auch seinem Finanzminister Luis Videgaray vorgeworfen, Luxusvillen zu Niedrigpreisen erworben zu haben, nachdem sie deren Besitzern lukrative Staatsaufträge zugeschustert hatten. Die chilenische Präsidentin Michelle Bachelet kam ebenfalls unter Beschuss. Es ging um angebliche Finanztransfers an ihren Sohn durch mit der Regierung verwobene Unternehmen und um einen der bisher größten politischen Korruptionsskandale des Landes, der namhafte Finanzinstitute und mehrere Schlüsselministerien einschließt. Argentiniens Präsidentin Christina Kirchner soll sich nicht nur unangemessen im Amt bereichert haben, sondern mutmaßlich sogar an der Ermordung eines prominenten Anwalts beteiligt gewesen sein.

Als wäre dies alles noch nicht genug und geradezu eine Bankrotterklärung der lateinamerikanischen Politik, leidet die Region immens unter dem organisierten Verbrechen. Meine kolumbianischen Kollegen von Transparency International beobachten, dass große Teile ihres Staates von illegalen Akteuren kontrolliert werden. Sie berichten auch von Schutzgeldzahlungen multinationaler Erdöl- und Bergbaukonzerne an lokale Behörden und Guerilla-Gruppen.

GFI-Präsident Raymond Baker sagte mir kürzlich, die Praxis des „misinvoicing“, also der bewussten Falschangabe des Warenwerts von Handelsgütern, sei nicht etwa eine Quelle von Schwarzgeld, sondern vielmehr der Mechanismus, durch den das Schwarzgeld das Land verlässt. Diese gelte für schätzungsweise 80 Prozent des grenzüberschreitenden Schwarzgeldverkehrs weltweit. Nach GFI-Angaben sind in Lateinamerika vor allem Mexiko und Brasilien betroffen.